



Dr. Edgar Franke

23. Februar 2024

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

23. Februar 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Gesundheitstour

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

zehn Jahre nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und am zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine stehen wir weiter fest an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen sie humanitär, wirtschaftlich und militärisch. Wir verstehen die Unterstützung der Ukraine nicht nur als Akt der Solidarität, sondern als eine notwendige Investition in unsere Sicherheit und den Frieden in Europa und Deutschland. Leider erscheint eine Verhandlungslösung in weite Ferne gerückt. Trotzdem sollten wir weiterhin alles dafür tun, gut darauf vorbereitet zu sein, wenn sich das Fenster der Diplomatie wieder öffnet.



Sehr viele Briefe und E-Mails habe ich mit der Aufforderung bekommen, doch endlich den Cannabiskonsum zu entkriminalisieren. Nun haben wir einen entsprechenden Beschluss gefasst (Seite 5).

Eine weitere Fragestellung vieler Anfragen, auch aus meinem Wahlkreis, betraf eine gute und sichere Postzustellung. Hier gab es viel Kritik und Klagen. Wir sind in den politischen Entscheidungsprozess mit einem Gesetzentwurf dazu eingestiegen (Seite 7).

Gern möchte ich auch noch Bilanz ziehen für ein arbeitsreiches Jahr 2023. Wieviel wir im Bundesgesundheitsministerium geleistet haben zeigt die Bilanz 2023 ab Seite 7. Auch ein Ausblick auf die weiteren Gesetzesvorhaben und Initiativen ist sehr umfangreich, wie die Darstellungen ab Seite 8 zeigen. Wir werden hier im Newsletter alle Vorhaben und deren Umsetzung begleiten.

Euer und Ihr

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Jahreswirtschaftsbericht 2024



Der Bundestag beriet in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2024 der Bundesregierung ([20/10415](#)). Unter dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken“ prognostiziert der Bericht ein Wirtschaftswachstum von 0,2 % für dieses und von 1,0 % für 2025.

Das ist weniger, als in der Herbstprojektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz angenommen worden war. Damals ging die Bundesregierung von einem BIP-Wachstum um 1,3 Prozent in diesem Jahr aus.

Mit 46 Millionen Erwerbstätigen wird ein historischer Höchststand erreicht, der Arbeitsmarkt erweist sich damit als „bemerkenswert robust“. Dennoch werden wir laut Bericht im Jahresdurchschnitt mit 85.000 Arbeitssuchenden mehr rechnen

müssen, in 2025 wird ein Rückgang der Zahlen um 130.000 Personen erwartet. Gemessen am Verbraucherpreisindex wird die Inflationsrate in diesem Jahr um 2,8 % zunehmen, 2025 wird eine Teuerung von +1,9 % erwartet. Die verfügbaren Einkommen werden voraussichtlich mit +3,8% (2024) und +2,8% (2025) wieder stärker als die Verbraucherpreise steigen.

Die Strategie der Bundesregierung wendet sich von den kurzfristigen krisenhaften Herausforderungen des letzten Jahreswirtschaftsberichts zu den mittel- bis längerfristigen strukturellen Problemen und deren Lösungen. Der Jahreswirtschaftsbericht nennt zehn Handlungsfelder für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Darunter sind neben den



allgemeinen Punkten wie Investitionen stärken, Bürokratie abbauen, Innovation fördern, Erwerbspotenziale erschließen und Kapital mobilisieren auch spezifischere Ziele wie: Nachhaltige Produktion stärken, Außenhandelsbeziehungen diversifizieren und die Wirtschaftssicherheit erhöhen sowie Wohnraum schaffen und die Verkehrsinfrastruktur verbessern. Außerdem diskutiert der Bericht in weiteren Teilen die Sicherung der Teilhabe, die gerechte Gestaltung der Transformation, die Sicherstellung des Wohlstands unter Wahrung der ökologischen Grenzen sowie die nachhaltige Finanzpolitik und die Modernisierung des Staates.

Die deutsche Wirtschaft ist gegenüber anderen großen westlichen Volkswirtschaften aufgrund ihrer ehemals starken Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, dem vergleichsweise hohen Industrieanteil an der Wertschöpfung sowie der ausgeprägten Außenhandelsorientierung stärker in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

Nach den starken Verlusten in den Jahren 2022/2023 führten die derzeit hohen nominalen Lohnzuwächse in Kombination mit der nachlassenden Inflation zu einem Zuwachs an realer Kaufkraft. Als große Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nennt der Bericht unter anderem übermäßige Bürokratie, Fach- und Arbeitskräftemangel und zu wenige private und öffentliche Investitionen.

Gutachten des Sachverständigenrates

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrates ([20/9300](#)) weist auf die Folgen der demografischen Alterung hin, die das inländische Arbeitsvolumen sinken lasse. Gleichzeitig sind das Produktivitätswachstum und das Wachstum des Kapitalstocks, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern seit Jahrzehnten rückläufig. Um das Wachstumspotenzial zu stärken, gelte es, beiden Entwicklungen entgegenzuwirken, durch verbesserte Erwerbsanreize, Reformen der Zuwanderungspolitik, sowie Innovations- und Investitionstätigkeit.



Entkriminalisierung von Cannabis



In dieser Woche haben wir in 2./3. Lesung den Entwurf eines Cannabisgesetzes der Bundesregierung beraten und verabschiedet.

Ziel ist, den privaten Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis zu entkriminalisieren und zugleich Suchtprävention und Jugendschutz weiter zu stärken. Damit soll auch der

Schwarzmarkt für Cannabis zurückgedrängt werden.

Konkret ist geplant, den privaten Anbau zum Eigenkonsum sowie den nicht-gewerblichen Eigenanbau in Vereinigungen oder Genossenschaften – in sogenannten Cannabis Clubs – zu ermöglichen. Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und werden strikt überwacht. Cannabis darf nur an volljährige Mitglieder der Clubs weitergegeben werden.

Für 18- bis 21-Jährige sollen strengere Regeln gelten, etwa ein geringerer THC-Gehalt und eine geringere Abgabemenge pro Monat durch die Clubs.

Für Cannabis oder deren Anbauvereinigungen soll nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen. Der Besitz und Konsum von Cannabis für Jugendliche unter 18 Jahre bleibt strikt verboten. Der umfassende Kinder- und Jugendschutz soll in weitreichenden Konsumverboten geregelt werden. So soll der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich verboten sein. Auch im öffentlichen Raum ist der Konsum, etwa in der Nähe von Kitas, Schulen oder Spiel- und Sportplätzen nicht gestattet.

In der Öffentlichkeit soll der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis künftig nicht mehr strafbar sein. Eigenanbau von bis zu drei Cannabispflanzen soll Erwachsenen am Wohnort gestattet sein. Und um diesen Eigenanbau auch alltagstauglich zu gestalten, soll am Wohnsitz der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis zulässig sein. Es ist eine umfassende Evaluation vorgesehen, die sowohl die Auswirkung des Cannabisgesetzes auf Kinder und Jugendliche als auch auf die organisierte Kriminalität beleuchten soll.

Eine gute und sichere Postversorgung

Die sichere Postversorgung muss auch in Zeiten rückläufiger Briefmengen gewährleistet sein. Dazu wird nun das Postrecht modernisiert. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.



Ziel ist es, Arbeitsbedingungen zu verbessern, für mehr Nachhaltigkeit zu sorgen und die Grundversorgung zu stärken. In der Stadt und auf dem Land. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die postalische Grundversorgung, also der sogenannte Universaldienst, an sechs Tagen in der Woche ausreichend und stabil finanziert werden kann. Gleichzeitig soll das Briefporto erschwinglich und deutlich unter dem europäischen Durchschnitt gehalten werden.

Aus diesem Grund werden künftig die Brieflaufzeiten angemessen verlängert und gleichzeitig die Zuverlässigkeit der Zustellung erhöht. Derzeit müssen Briefe in der Grundversorgung im Durchschnitt zu 80 Prozent am folgenden Werktag und zu 95 Prozent am zweiten Werktag ankommen.

Künftig müssen Standardbriefsendungen zu 95 Prozent am dritten und zu 99 Prozent am vierten Werktag den Empfänger erreichen. Damit der Wettbewerb fair bleibt, sind gute Arbeitsbedingungen vor allem in der Paketbranche unverzichtbar. Daher soll zukünftig der Marktzugang daran gekoppelt werden, dass die Regelungen zu Arbeitsbedingungen eingehalten werden.

Gegen Verstöße kann so wirksam vorgegangen werden, auch durch die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Arbeitnehmer bei der Bundesnetzagentur. Außerdem rückt das neue Postgesetz die Nachhaltigkeit stärker in den Fokus. So sollen Nutzer beispielsweise durch ein Umweltzeichen nachvollziehen können, wie hoch die Treibhausgasbelastung durch die jeweilige Paketbeförderung ist.

Im parlamentarischen Verfahren wollen wir sicherstellen, dass der Universaldienst ausreichend und langfristig ausfinanziert ist. Das sichert tariflich bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze in der Branche.

Gesundheitspolitik

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) – Bilanz 2023

Insgesamt wurden 7 Gesetze aus dem BMG vom Deutschen Bundestag beschlossen, 20 Verordnungen verkündet, 30 Berichterstattungs-gespräche haben stattgefunden, 468 Schriftliche Fragen wurden behandelt, 94 Kleine Anfragen und 93 mündliche Fragen beantwortet.



Edgar Franke hat regelmäßig im Plenum auf die Anfragen, die sich an das Bundesgesundheitsministerium wendeten, geantwortet.

Hier die beschlossenen Gesetze im Überblick:

Digital-Gesetz

- Elektronische Patientenakte ab 2025 für alle Versicherten
- E-Rezept ab 2024 als verbindlicher Standard in der Arzneimittelversorgung
- Mehr Videosprechstunden ohne Mengenbegrenzung
- Assistierte Telemedizin in Apotheken
- Stärkere Integration digitaler Gesundheitsanwendungen
- Mehr Cybersicherheit im Gesundheits- und Pflegewesen

Gesundheitsdatennutzungsgesetz

- Bessere Rahmenbedingungen für die Forschung mit Gesundheitsdaten unter hohen Datenschutzstandards und dezentraler Datenhaltung
- Zentralen Datenzugangs- und Koordinierungsstelle zur Verwendung von Gesundheitsdaten & Weiterentwicklung des Forschungsdatenzentrums
- Einführung eines Forschungsgeheimnisses bei der Nutzung von Gesundheitsdaten



Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz

- Erhöhung des Pflegegeldes sowie der ambulanten Pflegesachleistungsbeträge
- Erhöhung der Leistungszuschläge für Pflegende Angehörige ab Pflegegrad 2
- Gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege

Pflegestudium-Stärkungsgesetz

- Erhöhung der Attraktivität durch moderne hochschulische Pflegeausbildung
- Ausbildungsvergütung für Studierende
- Beschleunigte Gewinnung von ausländischen Fachkräften

Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz

- Stärkung der Versorgungssicherheit – insbesondere für Kinder
- Lockerung der Preisregeln für Kinderarzneimittel
- Erhöhte verbindliche Bevorratungspflichten von Arzneimitteln
- Vereinfachung der Austauschregeln für Apotheken, wenn Arzneimittel nicht verfügbar
- Frühzeitige Erkennung und Verhinderung drohender Versorgungsengpässe
- Diversifizierung von Lieferketten
- Stärkung der EU als Produktionsstandort für Arzneimittel durch Berücksichtigung von Antibiotika mit Wirkstoffproduktion in der EU bzw. dem EWR bei Ausschreibungen B

Krankenhaustransparenzgesetz

- Mehr Transparenz über die Qualität der Krankenhäuser durch ein Onlineverzeichnis
- Laienverständliche Darstellung des stationären Leistungsgeschehens
- Grundlage für informierte Entscheidungen

Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

- Verstetigung durch Stiftung zur unabhängigen Erfüllung des Beratungsangebots
- Enge Einbindung der Patientenorganisationen
- Regionale Informations- und Beratungszentren für niedrigschwellige Beratung

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) – Ausblick

Krankenhausreform

- Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität durch mehr Spezialisierung
- Entökonomisierung durch eine neue Vergütungssystematik (Vorhaltevergütung)
- Entbürokratisierung des Systems für mehr Behandlungszeit
- Systematische Krankenhausplanung durch die Länder auf Basis von Leistungsgruppen



Notfallreform und Reform des Rettungsdienstes

- o (Digitale) Vernetzung der Rettungsleitstellen 112 und KV-Terminservicestellen 116117 als Leitstellen für Ersteinschätzung
- o Aufbau von integrierten Notfallzentren (INZ) an Krankenhäusern für bedarfsegerechte Steuerung in die richtigen Versorgungsstrukturen
- o Konkretisierung des Sicherstellungsauftrages der KVen für die Akutversorgung
- o Erweiterung der Kompetenzen von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter, insbesondere durch Akademisierung
- o Stärkung von Ersthelfer-Systemen durch Apps und Defibrillatoren im öffentlichen Raum

Versorgungsgesetz I

- o Etablierung von Gesundheitskiosken, Gesundheitsregionen/Primärversorgungszentren
- o Erleichterungen für die Gründung von kommunalen MVZ
- o Entbudgetierung der Hausärzte
- o Eingrenzung von Investorentätigkeiten bei MVZ
- o Länderbeteiligung in Zulassungsausschüssen

Versorgungsgesetz II

- o Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung
- o Direktzugang Heilmittelerbringer
- o Künstliche Befruchtung und Kryokonservierung
- o Direktabrechnung für Kinder und Jugendliche in der PKV

Weiteres in Vorbereitung:

- o Medizinforschungsgesetz
- o Entbürokratisierungsgesetz
- o Pflegekompetenzgesetz
- o Apothekenreformgesetz
- o Gesetz für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen
- o Gesetz zur Verbesserung der Früherkennung und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- o Patientenrechtegesetz
- o Gründung Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM)
- o Errichtung einer Digitalagentur

Gesundheitspolitische Reise

In der letzten sitzungsfreien Woche des Bundestages habe ich als Parlamentarischer Staatssekretär eine gesundheitspolitische Reise nach Indien durchgeführt. Dabei habe ich mich u.a. mit dem Minister für Gesundheit und Familienfürsorge der Republik Indien, Herrn Dr. Mansukh Mandaviya getroffen.



Anlass für diese Reise war die Sitzung der High Level Working Group on Health. Wichtigste Gesprächsthemen waren u.a. die Arzneimittelpolitik, Fachkräfteanwerbung, das Internationale Pandemieabkommen und die Digitalisierung. Darüber hinaus haben wir besprochen, inwieweit unsere beiden Länder in Zukunft noch besser kooperieren können. Außerdem gab es einen wichtigen Dialog mit der deutschen Gesundheitswirtschaft in Indien. Diese wird - wie in vielen anderen Ländern auch - vor besondere Herausforderungen beim Marktzugang und der

Erstattung gestellt.

Am Ende der Reise haben wir den Bundesstaat Kerala im Süden Indiens besucht. Dieser Bundesstaat bildet weit über den Bedarf Pflegefachkräfte aus. Viele Inderinnen und Inder wollen gerne in Deutschland arbeiten und können damit helfen, den Mangel an Pflegekräften auszugleichen. Im Gespräch mit dem Arbeitsminister H. E. Shri. V. Sivankutty ging es also u.a. um die Anwerbung und die Verstetigung des im letzten Jahr in der Kooperationsvereinbarung angelegten „fair recruitment“.



Der Minister wird schon im Mai Deutschland besuchen und wir werden dann die sehr vertrauensvollen und zielorientierten Gespräche fortsetzen.



Die Personalvermittlung von qualifizierten Pflegefachpersonen in den deutschen Pflegearbeitsmarkt erfolgt vorrangig über Personalserviceagenturen und Kliniken, die Pflegefachpersonen in Eigeninitiative anwerben. Um Anforderungen an gute internationale Personalvermittlung in



den Pflegearbeitsmarkt nach Deutschland festzulegen und innerhalb der Branche zu etablieren, wurde das staatliche Gütesiegel "Faire Anwerbung Pflege Deutschland" entwickelt.

Gesundheitstour



Meine Gesundheitstour geht weiter: Besuch bei Sanofi im Industriepark Höchst in Frankfurt mit meiner MdB-Kollegin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Schmidt (Bild links).

Wir haben die Wirkstoffproduktion des Diabetesmedikament Lantus besichtigt und uns



davon überzeugt, wie wichtig dieser Standort für die Versorgungssicherheit in Deutschland ist.

Sanofi in Deutschland entwickelt sich stetig weiter: Am Standort Frankfurt mit der Kernkompetenz Diabetes und der damit verbundenen Insulinherstellung ist ein voll



integrierter BioCampus entstanden. Hier wird die gesamte Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung bis zur Produktion und Fertigung für Biologika abgedeckt.

Links: Nach dem Austausch mit Mitgliedern der Geschäftsführung von Sanofi Deutschland wurde ein gemeinsames Bild gemacht.

Aus Wahlkreis und Heimat

Volles Haus bei meinem Festvortrag im Rahmen des traditionellen **Grünkohllessen des Lions Club Frankenberg/Eder** in den historischen Rathausschirnen der Stadt Frankenberg.

In meiner Rede habe ich die Herausforderungen in der Gesundheitspolitik von der ärztlichen Versorgung auf dem Land, der Pflege,



der Notwendigkeit der Krankenhausreform bis hin zur Lage der Apotheken angesprochen. Für mich ist klar, dass nur mit einem ausgewogen finanzierten Gesundheitssystem der soziale

Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet werden kann.

Bild rechts: Zum zünftigen Grünkohllessen in der historischen Rathausschirn konnte Lions-Präsidentin Petra Wollbold-Meyer weitere rund 120 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft begrüßen.



Bilder der Woche

Die BDA als Spitzenverband organisiert die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft.

Edgar Franke nahm am **Symposium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)** unter dem Motto "Wieviel unternehmerische Freiheit braucht es in der Zeitenwende?" teil. Das Symposium fand auch anlässlich des 60. Geburtstages des Arbeitgeberpräsidenten Dulger (im Bild rechts) teil.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als Hauptredner sagte



in seiner Ansprache mit Blick auf das Wachstumschancengesetz, es wäre gut, wenn dieses trotz aller politischen Konflikte schnell über die Bühne ginge (Bild links). Es bräuchte

Entlastungen für kleine und große Unternehmen.

Beim Empfang begegnete Edgar Franke den FDP-Politiker und Theologen Pascal Kober (Bild rechts), der auch sein Nachfolger als Opferbeauftragter der Bundesregierung ist.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Schwalm-Eder** hatte zum Neujahrsempfang in Gudensberg geladen.

Der Kreisvorsitzende, Florian Geißer (rechts), rief mit Blick auf rechtsextremistische Entwicklungen dazu auf, dass sich Geschichte nicht wiederholen dürfe.

Der Professor für Politik an der Universität Kassel, Dr.



Wolfgang Schroeder (links), war Gastredner und referierte über die Bedrohung für die Gesellschaft durch die AfD, „die mit Mitteln der Demokratie die Demokratie abschaffen“ wolle.



Ein Selfie mit Erstem Kreisbeigeordneten Jürgen Kaufmann. Kaufmann ging in seinem Grußwort auf die Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation ein. „Unsere Gesellschaft braucht wieder Ordnung und Humanität“.





Beim **FIS Skisprung Weltcup in Willingen**: Im Gespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (Bild links).



Hinzu kam Minister Armin Schwarz.
Armin Schwarz ist Hessischer Minister für Kultus, Bildung und Chancen.



Und auch die Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, Diana Stolz (links) war mit ihrer Kollegin MdL Claudia Ravensburg dabei. Ravensburgs Wahlkreis in Nordhessen ist der Wahlkreis 6 - Waldeck-Frankenberg II.



Den Vizepräsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes und früheren Vorsitzenden des Unterbezirks Waldeck-Frankenberg, **Dr. Christoph Weltecke**, beim Skisprung-Weltcup auf der Willinger Mühlenkopfschanze getroffen.

Ankündigung:

Unterbezirksparteitag der SPD Schwalm-Eder

am 02. März 2024 um 10.00 Uhr in der

Stadthalle in Fritzlar

Kasseler Straße 26, 34560 Fritzlar

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 und 3 Fotos der Broschüren von Edgar Franke, Seite 4 Thomas Köhler/photothek.net, Seite 5 Image by [John Miller](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Image by [Ralph](#) from [Pixabay](#), Seite 7 Screenshot von www.bundestag.de, Seiten 10-16 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.